Studie

Mehr Open Source für Kommunen

[29.01.2024] Aus der Begleitforschung der Modellprojekte Smart Cities (MPSC) ist eine neue Studie erschienen. Sie befasst sich mit der Frage, wie Kommunen in ihren Verwaltungen Open Source Software etablieren können. Kommunale Kooperation ist ein wichtiger Schlüssel.

Open Source Software (OSS) leistet einen wichtigen Beitrag zur digitalen Souveränität von Kommunen. Eine neu erschienene Studie aus der Begleitforschung der Modellprojekte Smart Cities (MPSC) geht der Frage nach, wie Kommunen solche offenen Software-Lösungen erfolgreich etablieren können. Herausgeber ist das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), erarbeitet wurde die Studie vom Fraunhofer-Institut für Experimentelles Software Engineering IESE. Das Resümee des BBSR: Bei der Planung, Beschaffung und Entwicklung entsprechender Lösungen kommt es vor allem auf eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Kommunalverwaltung, IT-Dienstleistern und bestehenden Communities an. Zudem stehe der verstärkte Einsatz von Open Source Software für einen Wandel von der Produkt- zur Entwicklungsorientierung.
Die Vorteile einer OSS-Nutzung liegen auf der Hand: mehr digitale Souveränität, offene Standards, Interoperabilität und damit ein besseres Zusammenspiel unterschiedlicher IT-Systeme. Dennoch nutzen bislang vergleichsweise wenige Kommunen Open Source Software. Vor diesem Hintergrund will die Studie kommunale Entscheiderinnen und Entscheider bei der Planung, Beschaffung und Entwicklung entsprechender Lösungen unterstützen. Sie klärt grundlegende Begriffe und Zusammenhänge, zeigt Perspektiven einzelner Kommunen und IT-Dienstleister auf und stellt geeignete Open-Source-Anwendungen, -Plattformen und bestehende Communitys vor.

Smart Cities profitieren von Open Source

„Interoperable Software-Komponenten, also miteinander kompatible und gemeinsam nutzbare Lösungen, sind eine wesentliche Voraussetzung, um die Zusammenarbeit der Kommunen im Bereich der Digitalisierung nachhaltig zu stärken, ohne die kommunale Selbstverwaltungsgarantie einzuschränken“, erklärt Vilim Brezina, der die Studie im BBSR wissenschaftlich begleitet hat. „Auf diese Weise entstehen Lösungen, die eine Kommune an mehreren Stellen einsetzen kann und die gleichzeitig andere Kommunen durch Anpassung an die dortigen Bedürfnisse nutzen können.“ Ein Beispiel ist die Stadt Freiburg im Breisgau. Sie hat auf Basis des Standards XPlanung die Lösung xPlanBox entwickelt. Darüber hinaus ist sie vom Geo-Informationssystem ArcGIS auf die quelloffene Variante QGIS gewechselt. Das Beispiel der in der Stadt Solingen entstandenen Partnerschaft Open SmartCity App (wir berichteten) macht deutlich, dass Open Source Software die Übertragbarkeit und Skalierbarkeit von Smart-City-Lösungen entscheidend steigern kann. Für die Zukunft empfehlen die Autorinnen und Autoren der Studie, Open Source Software vor allem durch interkommunale Zusammenschlüsse zu etablieren. Dabei können Kommunen gemeinsam Leistungskataloge für öffentliche Ausschreibungen erstellen, rechtliche und technische Fragen gemeinsam klären und Software in größerem Umfang betreiben.

(sib)

Zur Studie „Open Source Software in Kommunen. Einsatz und Schnittstellen in der kommunalen Planungspraxis“

Stichwörter: Smart City, Fraunhofer-Institut für Experimentelles Software Engineering, IESE, Open Source, BBSR